



## 22.1

### **Dringliche Interpellation Patrick Scheiwiler (CVP); "Berufsberatungsstelle Gossau"; Antwort des Stadtrates vom 20. November 2003**

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 20. November 2003.

**Patrick Scheiwiler (CVP)** ist von der Antwort befriedigt. Die Diskussion wird nicht verlangt.

## 22.2

### **Voranschläge 2004 und Steuerfuss**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 16. Oktober 2003 mit folgenden Anträgen:

1. *Der Voranschlag des Städtischen Haushaltes mit einem Aufwandüberschuss von 1'134'080 Franken und der Technischen Betriebe mit einem Ertragsüberschuss von 1'168'410 Franken für das Jahr 2004 werden genehmigt.*
2. *Die Steuersätze für das Jahr 2004 werden wie folgt festgelegt:*

<i>Gemeindesteuer</i>	<i>130% (wie bisher)</i>
<i>Grundsteuer</i>	<i>0.6‰ (wie bisher)</i>
3. *Die Feuerwehrabgabe wird nach dem kantonalen Tarif erhoben und beträgt höchstens 200 Franken.*

### **Eintretensdiskussion**

**Paul Egger (CVP, Präsident der Geschäftsprüfungskommission)**, unterbreitet den Bericht der GPK:

„Parlamentspräsident Füllemann und der Sprechende hatten Ende Juni 2003 mit Stadtpräsident Alex Brühwiler und Stadtschreiber Toni Inauen eine Besprechung mit dem Ziel, die Berichterstattung des Stadtrates an das Parlament für das Budget wie für die Rechnung zu optimieren. Vereinbarte Neuerungen sind teils bereits in dieser Berichterstattung eingeflossen. Noch nicht ersichtlich sind die Kriterien beeinflussbar/nicht beeinflussbar. Die Verknüpfung zwischen den Leitsätzen und dem Budgetprozess war noch nicht möglich – dies sollte aber bei der Rechnung 2003 einen wichtigen Aspekt darstellen.

Vor uns liegt das 3. Budget, über das wir zu befinden haben. Ich danke herzlich - im Namen der GPK - dem Stadtrat, vorab dem obersten Finanzler, Stadtpräsidenten Alex Brühwiler und auch dem Finanzamt, vor allem Heinz Loretini, für die seriöse und auch aufwendige Budgetarbeit.

Einige Grundsatzmerkungen:

- Obwohl der Stadtrat einen namhaften Ausgabenüberschuss beantragt, ist das Resultat der nun vorliegenden Arbeit aus Sicht der GPK zu verantworten. Die GPK beschränkt sich nicht nur auf Einzelpositionen, sondern versucht immer die Gesamtsicht zu betrachten. Sie achtet auf Ausgewogenheit und berücksichtigt die Überlegungen des Stadtrates und versucht auch, die wirtschaftliche Nachhaltigkeit mit einzubeziehen.
- Wir hatten und haben uns auch von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen:
  - die Gesetzmässigkeit
  - das Haushaltgleichgewicht. Mit Bezug auf die Analyse der Vermögens- bzw. Verschuldungssituation (12 Mio. EK/ Fr.161.00 Schulden pro Kopf 2002) und den Steuern (Stetigkeit – 130% konkurrenzfähig) – diese sollten insgesamt eine faire und verlässliche Grösse bilden.
  - die Sparsamkeit
  - die Wirtschaftlichkeit
  - die Nachhaltigkeit der Investitionen (bei Ausgaben, die der Entwicklung einer Kommune dienen, zu sparen, wäre sicher das falscheste)
  - die Verursacherfinanzierung bzw. des Verbotes der Zweckbindung der Hauptsteuern.

- Unter Berücksichtigung dieser Aspekte unterstützt die GPK die Anträge des Stadtrates. Sie hat ausdrücklich verzichtet, Zusätze in den Anträgen zu formulieren. Sicher findet man da und dort noch mehr Sparpotentiale, die zu einzelnen Anträgen führen würden. Das wäre die politische Dimension und auch die Verantwortung des Parlamentes. Ich bitte Sie aber – in der Debatte – , stets auch die Gesamtübersicht, die von uns gesetzten Leitsätze und Entwicklungsstrukturen zu beachten.
- Bei Defiziten stellen sich nach unserer Auffassung folgende zentralen Fragen:
  - Was wollen wir künftig noch tun, wie und zu welchem Preis?
  - Wie viel Ressourcen (Mitarbeiter/Dienstleistungen) brauchen wir wirklich?
  - Welche Leistungen erbringen wir künftig noch? (gezwungenermassen und freiwillig), und insbesondere
  - Welche Investitionen sind sinnvoll, nötig und mit welchen erhalten wir in der Zukunft nicht nur Nutzen, sondern auch eine Wertschöpfung?
  - Vor allem ist beim Konsum zu sparen und Prozesse sind zu optimieren und zu hinterfragen. Wir haben ja nicht die Möglichkeit, Ausgaben weiterzugeben. Präjudizierende und strukturelle Kosten sind stets im Griff zu halten.
- Im Budget 2004 kann man da und dort grossen Sparwillen erkennen. Dies ist auch anerkennenswert. Immerhin ist der Sachaufwand um rund 1 Mio. geringer als im letzten Budget. Der Kanton St. Gallen, der ja auch „gespart“ hat (sprich auf die Gemeinden verlagert hat ) wird unsere Rechnung im nächsten Jahr mit happigen Fr. 1,21 Mio. belasten.
- Es sind einige namhafte Investitionen auszumachen. Das macht durchaus auch Sinn. Wir unterstützen kein „Kranksparen“ – Manchmal ist eine Investition zu tätigen billiger als auf sie zu verzichten.
- Hier gilt es für alle Beteiligten – Stadtrat und Parlament – die richtigen Schwerpunkte zu setzen, mit Blick auf eine nachhaltig gute Finanzentwicklung und auf gute komparative Vorteile der Stadt Gossau (sowohl bei Einnahmen wie bei Ausgaben); das ist nicht ein einmaliger Prozess – das sollte uns permanent begleiten. Dies ist vom Bürger nicht immer einfach nachzuvollziehen – sollte aber von uns Parlamentariern aber auch anders angesehen werden und dementsprechend kommuniziert werden.
- Die Gesamtwürdigung des vorgelegten 3. Budgets verdient nach Auffassung der GPK somit das Prädikat angemessen.
- Zum Finanzplan werde ich mich nicht äussern, da er nicht Bestandteil der Beratung ist und die „Allgemeinen Bemerkungen“ des Stadtrates selbstredend sind. In diesen sind auch politische Aussagen, welche finanzpolitische Strukturen sich der Stadtrat geben möchte, ersichtlich. Eine wertvolle und auszubauende Dokumentation.

#### Einige generelle Bemerkungen:

- Die laufende Rechnung des städtischen Haushalts sieht einen Gesamtaufwand von 75,0 Mio. (76,86 Mio.) Franken und einen Gesamtertrag von 73,9 Mio. (76,34 Mio.) Franken vor. Das heisst, es wird ein Defizit von 1.134.000 (483.000) Franken budgetiert.
- Lässt man nun die Positionen Interne Verrechnungen, die Einlagen in Spezialfinanzierungen und auch die Abschreibungen ausser Betracht, so ist festzuhalten, dass die Ausgaben mit 64,832 Mio. Franken mit 486.000.00 oder lediglich 0,76% höher budgetiert werden.
- Bei den Einnahmen sind es nur rund 80.000 Franken, oder 0,12% mehr. Die Einnahmen insgesamt machen 68.519 Mio. Franken aus.

#### Bemerkungen zur Artengliederung:

- Der Personalaufwand erhöht sich – nach dem hohen Anstieg des letzten Jahres – um 1.36 % moderat und dies bei praktisch gleichbleibendem (quantitativen) Stellenplan.
- Bei den übrigen Personalaufwendungen möchte ich die linearen Erhöhungen – wie letztes Jahr – von 3,5% nochmals erwähnen. Diese werden für gezielte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden verwendet. Im laufenden Jahr werden diese laut Auskunft des Stadtrates nicht ausgeschöpft werden. Das bereits vor Jahresfrist gewünschte Konzept dürfte 2004 erstellt werden. Auch ist uns zugesichert worden, dass in der Jahresrechnung 2003 eine Übersicht über Resultate geliefert wird.
- Wir begrüssen diese Ausbildungsmassnahme, sofern die Beträge nach konzeptionell ausgereiften und nachvollziehbaren Kriterien eingesetzt werden. Für Stadt und Mitarbeitende sollen Mehrwerte generiert werden können. Das ist gut investiertes Geld. Dadurch kann die Arbeitsplatzfähigkeit erhalten und/oder gefördert werden; das ist zu begrüssen.

- Der Sachaufwand hat erfreulich um 1 Mio. oder 9.92% abgenommen, nachdem er im Vorjahr noch um happige 1,7 Mio. oder + 19.9 % erhöht wurde.

#### Bemerkungen zur Funktionalen Gliederung:

- Die Nettoaufwände betragen 45,39 Mio. Franken; sie sind 941'000 Franken oder 2,11% höher. Diese funktionale Betrachtung ist für mich im Grunde genommen wesentlich aussagekräftiger als die Artenrechnung. Hier sind die Geldströme abgeleitet. Und hier sind die hauptsächlichsten Erhöhungen in den zwei grössten Bereichen: Bildung und Soziale Wohlfahrt zu finden.
- 12 Bildung: Wenn man nun die Dimensionen in dieser Rechnung betrachtet, fällt auf, dass mit fast 29 Mio. Franken der Bereich Bildung 63% aller Ausgaben ausmacht. Von diesen 29 Mio. sind über 90% sog. „gebundene Ausgaben“. Von den vom Kanton gesparten und der Stadt Gossau aufgebürdeten 1,2 Mio. entfallen Fr. 1,1 Mio. auf den Bereich 12 Bildung.
- 15 Soziale Wohlfahrt: mit 6,77 Mio. der zweitgrösste Ausgaben-Posten. Diese Gruppe ist mit einem erneuten Wachstum von einer viertel Million Franken eingestellt. Das ist ein Plus von 4.26 %. Auch in der Konto-kategorie 15 ist grösste Wachstumsrate angezeigt.

#### Investitionsrechnung:

- Im Jahr 2003 sind im städtischen Haushalt beachtliche 20.99 Mio. Franken Nettoinvestitionen vorgesehen; Zum grössten Teil wiederum fremdfinanziert. Wir werden dadurch auch wiederum wesentlich höhere Abschreibungen zu verkräften haben.
- Die einzelnen Investitionen sind im Kommentar nachvollziehbar aufgelistet. Über grössere Geschäfte wird das Parlament mit separaten Vorlagen bedient werden.

#### Technische Betriebe:

- Auch für diesen Betrieb ist es durchaus angezeigt, konzeptionelle Überlegungen anzustellen, zumal auch im Jahre 2004 4,5 Mio. Nettoinvestitionen anfallen werden, die es zu verzinsen und zu amortisieren gilt. Diese Investitionen werden im Grunde genommen überhaupt nie hinterfragt.
- Es ist nicht nur aus betriebswirtschaftlicher Sicht sinnvoll, Strukturen, Abläufe, Betriebsart der Technischen Betriebe mal zu hinterfragen und im Sinne vermehrter Transparenz und sicherlich Effizienz anzupassen.
- Nach der Abstimmung vom 30. November 2003 ist dies zwingend ein anzugehendes Thema des Stadtrates. Flexibilität, Konkurrenzfähigkeit, Definition des Kerngeschäftes, Kalkulation, Kostenwahrheit, Organisation sind dringende Handlungsfelder.

#### Die GPK stellt Ihnen einstimmig folgende Anträge:

##### 1. Eintreten

*Die GPK beantragt auf die Voranschläge 2004 einzutreten.*

##### 2. Beschlussfassung

1. *Die Voranschläge des städtischen Haushaltes und der Technischen Betriebe für das Jahr 2004 seien zu genehmigen.*
2. *Der Steuerfuss für das Jahr 2004 sei auf 130 % der einfachen Steuer festzusetzen.*
3. *Der Grundsteuersatz für das Jahr 2004 sei auf 0,6 Promille festzusetzen.*
4. *Die Feuerwehrabgabe sei nach dem kantonalen Tarif zu erheben und soll höchstens Fr. 200.00 betragen.*

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** beantragt ebenfalls Eintreten. Der budgetierte Aufwandüberschuss ist mit Blick auf das vorhandene Eigenkapital vertretbar.

**Roman Weibel (FLiG)** ist mit dem Budget in grossen Teilen einverstanden. Es ist besser leserlich, der Kommentar ist ausführlicher, die Aufwandsenkung ist erfreulich. Das budgetierte Defizit ist verantwortbar. Beim Stellenplan Hochbauamt soll wegen der kommenden Mehrbelastungen und der Pendenzen die Stellendotation beachtet werden. Der Teuerungsausgleich von 0.4 % soll dem Personal nur bis zu einem Jahreslohn von 78'000 Franken voll ausgeglichen werden.

**Hanspeter Fröhlich (FDP)** begrüsst, dass der Steuerfuss gehalten werden kann. Das Budget ist übersichtlicher dargestellt. Für künftige Budgets beantragt er, dass die Aufwände für Stadtmarketing, Stadtentwicklungskonzept, Ortsplanung, Gossau Plus übersichtlich zusammengefasst werden. Materiell ist es für die Mitglieder des Parlamentes schwierig, den Inhalt der Konti zu überschauen. Fraglich sind Ausgaben für Personalaufstockung, Portokosten, Leistungsprämien, Beiträge an Veranstaltungen, Strassenunterhalt, Stadtmarketing. Die FDP-Fraktion stellt den Antrag auf Rückweisung des Budgets 2004 mit folgendem Auftrag:

*Der Aufwand im Budget 2004 für die laufende Rechnung des Städtischen Haushaltes sei um 500'000 Franken zu kürzen. Die Kürzungen erfolgen nicht im Zusammenhang mit Abschreibungen, dem Zusatzbeitrag zur Sanierung der Pensionskasse St. Gallischer Gemeinden, der 2004 kaum fällig wird, und dem vom Budget abweichenden effektiven Teuerungsausgleich. Die beantragten Steuersätze seien beizubehalten.*

**Hildegard Manser (LdU/SP)** wünscht sich vermehrt Kennzahlen. Aus dem Budget ist der Sparwillen erkennbar. Bei der Pensionskasse soll der Wechsel vom Leistungsprimat auf das Beitragsprimat geprüft werden. In der Investitionsrechnung wäre es wünschenswert, wenn die Ausgaben auf das Projekt bezogen dargestellt werden könnten, nicht nur auf das Budgetjahr. Sie beantragt Eintreten.

**Benno Koller (SVP)** findet das budgetierte Defizit unerfreulich. Obwohl die Ausgaben weniger stark ansteigen, zeigt der Finanzplan auf, dass eine straffe Ausgabenpolitik nötig ist. Sparpotenzial liegt bei den Personalnebenkosten, beim Strassenbau und -unterhalt, im Schulbereich, bei der Pensionskasse, beim Stadtmarketing. Die SVP-Fraktion stellt den Antrag auf Rückweisung des Budgets 2004 mit folgendem Auftrag:

*Das Defizit des Budgets ist um 1'000'000 Franken zu verringern.*

**Ruedi Zingg (CVP)** stellt fest, dass die Entflechtung der Aufgaben zwischen Technischen Betrieben und Stadtverwaltung ein altes Anliegen ist. Entsorgungswesen, öffentliche Beleuchtung sowie Sportanlagen gehören zu den Kernaufgaben der Stadt. Die wettbewerbsspolitisch sehr problematische Situation ist baldmöglichst zu bereinigen und finanzpolitisch sauber und getrennt aufzugliedern. Die Wirtschaft hat seit Jahren die Beendigung der Quersubventionierung Energie zu Sportanlagen gefordert. Die CVP-Fraktion stellt den Antrag auf Rückweisung des Budgets 2004 des Städtischen Haushaltes sowie der Techn. Betriebe mit folgendem Auftrag:

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament baldmöglichst ein bereinigtes Budget 2004 vorzulegen, wo Entsorgungswesen, öffentliche Beleuchtung sowie Sportanlagen von den Technischen Betrieben in den Städtischen Haushalt integriert werden.*

**Alfred Zahner (FLiG)** bekundet Mühe mit dem raschen Vorgehen der CVP. Eine pauschale Rückweisung des Budgets ist nicht seriös. Das Parlament muss selbst Einsparungsmöglichkeiten aufzeigen. Die FLiG-Fraktion hat solche Anträge vorbereitet. Er beantragt Eintreten.

**Erich Bubenhofer (CVP)** beurteilt das Budget als ausgewogen und das Defizit als vertretbar. In der Vergangenheit betrug die Abweichung zwischen Budget und Rechnung regelmässig über 1 Mio. Franken. Detaillierte Budgetänderungen durch das Parlament wären nur Kosmetik. Er unterstützt den Rückweisungsantrag. Die Entflechtung der Aufgaben der Technischen Betriebe ist dringend und soll im Budget dargestellt werden.

**Erika Schweiss (LdU/SP)** empfindet eine Rückweisung des Budgets nicht als guten Stil. Es werden konkrete Vorschläge erwartet, wo gespart werden soll.

**Stefan Schmid (LdU/SP)** erachtet einen Entscheid über die Entflechtung der Aufgaben der Technischen Betriebe nur 2 Tage nach der Volksabstimmung als verfrüht. Die Abstimmung über die Verselbständigung hat gezeigt, dass das Volk nicht einen Nachtwächterstaat wünscht.

**Claudia Meier-Uffer (FLiG)** findet das Budget gut und annehmbar. Eine Rückweisung wäre falsch, das Parlament muss die Detailberatung selbst führen. Auf das Budget soll eingetreten werden. Wenn die Querfinanzierung durch die Technischen Betriebe wegfallen wird, wird letztlich Geld fehlen.

**Hanspeter Fröhlich (FDP)** findet, dass eine Diskussion von Einzelpositionen durch Milizler unseriös wäre. Seriös ist die Rückweisung an den Stadtrat.

**Albert Lehmann (CVP)** weist darauf hin, dass die Wirtschaft Kostentransparenz bei den Technischen Betrieben wünscht. Die Entflechtung der Kosten ist zwingend und macht eine Budget-Überarbeitung nötig. Er beantragt Rückweisung des Budgets.

**Stefan Schmid (LdU/SP)** gibt zu bedenken, dass Sparmassnahmen schwierig sein dürften. Die Verwaltung ist schon schlank.

**Roman Weibel (FLiG)** erachtet den Kommentar zum Budget als gut. Er will nicht das Budget mit den Aussagen im Finanzplan vergleichen. Die GPK hat die Angaben im Budget genau geprüft und hat Eintreten beantragt. Eine Rückweisung des Budgets wegen der Entflechtung der Technischen Betriebe ist fraglich, diese Aufgabe soll in Ruhe geprüft werden. Gossau geht es gut, und eine Rückweisung wäre schlechtes Marketing.

**Trudi Weibel (FLiG)** wendet sich gegen den Rückweisungsantrag. Das Budget wird als ausgewogen beurteilt, und die GPK hat einstimmig Eintreten beantragt. Die Entflechtung der Technischen Betriebe muss auf anderem Weg geprüft werden. Das Image von Gossau würde bei einer Rückweisung leiden.

**Ruedi Zingg (CVP)** präzisiert, dass lediglich eine buchhalterische Trennung vorgesehen ist. Der Gewinn der Technischen Betriebe könnte weiterhin für den Stadthaushalt abgeschöpft werden. Seit der Budgetierung durch den Stadtrat haben sich verschiedene Positionen verändert, diese sollen nochmals seriös angeschaut werden. Er verweist auf die Motion „Reorganisation Technische Betriebe“, welche er an der heutigen Sitzung einreichen wird.

**Alfred Zahner (FLiG)** verweist auf den Volksentscheid vom 30. November 2003. Das Volk hat entschieden, an der bisherigen Form der Technischen Betriebe festzuhalten. Das Auseinandernehmen braucht Zeit.

**Thomas Hürlimann (CVP)** unterstützt eine Rückweisung, weil die Entflechtung der Technischen Betriebe sofort realisiert werden soll.

**Albert Lehmann (CVP)** blickt auf 10 Jahre Entflechtungs-Diskussion zurück. Das Resultat der Volksabstimmung entbindet nicht von der Pflicht, die Organisation anzupassen.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** verweist auf die Gemeindeordnung, wonach der Stadtrat für die Organisation der Verwaltung zuständig ist. Er beurteilt den Antrag der CVP-Fraktion als Nullsummenspiel. Der Stadthaushalt erhalte 1 Mio. Mehraufwand, der Haushalt der Technischen Betriebe würde um 1 Mio. entlastet. Anstelle einer Rückweisung könnte er dem Parlament heute schon Umbuchungsbeschlüsse unterbreiten:

Öffentliche Beleuchtung	Konto 1220 TB	neu Konto 1625 Stadthaushalt	260'000 Franken
Sportplätze	Konto 1400 TB	neu Konto 1345 Stadthaushalt	389'000 Franken
Freibad	Konto 1410 TB	neu Konto 1346 Stadthaushalt	253'900 Franken
Hallenbad	Konto 1420 TB	neu Konto 1347 Stadthaushalt	165'500 Franken
Kehrichtentsorgung	Konto 1500 TB	neu Konto 1720 Stadthaushalt	76'500 Franken

Bei einer Rückweisung des Budgets an den Stadtrat mit den beantragten Einsparungsvorschlägen müsste das Parlament dem Stadtrat klare Aufträge mitgeben, damit nicht nochmals eine Rückweisung riskiert würde.

**Stadtrat Kurt Züblin** verweist auf anstehende Investitionen im Tiefbaubereich, welche Anfangs 2004 ausgelöst werden sollten. Bei einer Rückweisung des Budgets könnten diese nicht termingerecht ausgelöst werden. Zusätzlich dürfte das Image der Stadt Schaden nehmen.

**Claudia Meier-Uffer** möchte über die Entflechtung der Technischen Betriebe nicht heute beschliessen. Mit der Abgabe von Aufgaben aus den Technischen Betrieben wird der Druck auf die Tarife steigen. In der Folge würden die Steuern ansteigen. Das Parlament muss die ihm zustehende Verantwortung übernehmen.

**Erika Schweiss (LdU/SP)** beantragt, die Schlussabstimmung mit Namensaufruf durchzuführen. Für diesen Antrag stimmen 9 Mitglieder, 20 sind dagegen. Die notwendigen 10 Stimmen werden nicht erreicht.

## Abstimmungen

### **Antrag für Rückweisung des Budgets 2004:**

Angenommen mit 18 Ja gegen 10 Nein bei 2 Enthaltungen.

### **Antrag CVP-Fraktion:**

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament baldmöglichst ein bereinigtes Budget 2004 vorzulegen, wo Entsorgungswesen, öffentliche Beleuchtung sowie Sportanlagen von den Technischen Betrieben in den Städtischen Haushalt integriert werden.*

Angenommen mit 19 Ja gegen 9 Nein bei 2 Enthaltungen.

### **Antrag SVP-Fraktion:**

Fraktionspräsident Benno Koller zieht diesen zu Gunsten des Antrages der FDP-Fraktion zurück.

### **Antrag FDP-Fraktion:**

*Der Aufwand im Budget 2004 für die laufende Rechnung des Städtischen Haushaltes sei um 500'000 Franken zu kürzen. Die Kürzungen erfolgen nicht im Zusammenhang mit Abschreibungen, dem Zusatzbeitrag zur Sanierung der Pensionskasse St. Gallischer Gemeinden, der 2004 kaum fällig wird, und dem vom Budget abweichenden effektiven Teuerungsausgleich. Die beantragten Steuersätze seien beizubehalten.*

Angenommen mit 14 Ja gegen 13 Nein bei 3 Enthaltungen.

## 23.3

### **Neue Parlamentarische Vorstösse**

- Motion Ruedi Zingg (CVP) „Reorganisation Technische Betriebe“
- Einfache Anfrage Roman Weibel (FLiG) „Veloparkplätze beim Bahnhof“

Dieses Protokoll wurde vom Präsidium am 16. Dezember 2003 genehmigt.

Hubert Füllemann  
Präsident

Toni Inauen  
Stadtschreiber